

Werkstadt Basel - Initiative zur Stadtentwicklung

Autor(en): Esther Maria Jenny

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1998

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/89207048-588c-4349-b6e7-c1385e45d49d>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Werkstadt Basel – Initiative zur Stadtentwicklung

Esther Maria Jenny

Der Kanton Basel-Stadt verliert seit Jahren Einwohner, Stimmbürgerinnen, Steuerzahler. Ende 1997 lancierte die Regierung die «Werkstadt Basel» und rief die Bevölkerung auf, Ideen zu entwickeln, wie die Wohn- und Lebensqualität in der Stadt und ihren beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen zu verbessern wären. Oberstes Ziel ist die «langfristige Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen».

«Quartierzentrum Breite» mit Baudirektorin Barbara Schneider (vierte v.l.); neben ihr PMD-Chef Jörg Schild.



«Butik» nannte mein Grossvater seine Werkstatt, seine persönliche Stätte körperlichen Werkens und geistigen Wirkens in Appenzell. Mein Grossvater lebt längst im Jenseits, seine Butik gibt es nicht mehr, und von Boutique ist meist nur noch im Zusammenhang mit Mode die Rede.

Diese Gedanken gingen mir durch den Kopf, als 1997 Basel zur «Werkstadt» ausgerufen wurde. Das «Projekt zur langfristigen Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen» war im November 1996 vom Regierungsrat initiiert worden. Das fast eine Million Franken teure Projekt war von Anfang an umstritten und wurde vom Grossen Rat mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen gutgeheissen. Unter dem Slogan «Durch Kommunikation zum Konsens» war die Bevölkerung aufgerufen, sich für die «Aufwertung der Stadt und seiner beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen als Wohnorte» einzusetzen. Projekte mit ähnlichen Zielsetzungen gab es in Basel bereits in den 70er und 80er Jahren, ohne Erfolg. Die Abwanderung finanzkräftiger

Haushalte aus dem Kanton – das heisst primär aus der Stadt – blieb nach wie vor anhaltend.

Die Regierung stellte denn auch erneut für die Finanzlage des Kantons sehr kritische Wanderbewegungen fest: Gute Steuerzahler würden durch schlechtere ersetzt; der Anteil der Stimmberechtigten sinke; die Kosten für die sozialen Ausgaben stiegen an. Als Hauptursache für die Abwanderung guter Steuerzahler war eine teilweise bedrohliche Umweltsituation eruiert worden, von der in der Stadt speziell Familien mit kleinen Kindern betroffen seien.

Der A-Befund

Der wissenschaftliche Befund Mitte der 90er Jahre lautete: Basel ist eine A-Stadt, das heisst eine Stadt mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Alten, Armen, Alleinstehenden, Alleinerziehenden, Abhängigen, Auszubildenden, Ausländern, Arbeitslosen, Ausgesteuerten und Aussteigern. Was also brauchte die Stadt? – Eine konsensfähige Vision der Stadtentwicklung. Doch wer hatte eine solche? Offensichtlich weder die Regierungs- noch die Parlamentsmitglieder. Vielleicht die Bevölkerung? Wie die Vision aussehen könnte, sollte in einem koordinierten Prozess eruiert werden, damit dann auf Quartiers-, Orts- und Stadtebene sowie in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden nach konkreten, konsensfähigen Konzepten und Problemlösungen gesucht werden könnte. Mit der Durchführung dieses Prozesses beauftragt wurde das Kommunikationsbüro «Oekomedia».

Kurz vor der Jahrtausendwende ist also eine Reurbanisation angesagt, eine «Renaissance» der Stadt. Wer einst zurückblickend darüber lesen wird, könnte leicht einen falschen Eindruck erhalten. Wohl ist an einigen Orten eine Verslumung sichtbar; auch die zunehmende Gewalt, sogar unter Schülern, lässt sich nicht mehr negieren. Und die Probleme konnten nicht gelöst werden, obwohl ein Präventionprogramm nach dem anderen geschaffen, ein multikulturelles Fest nach dem andern veranstaltet wird. Dennoch ist Basel noch immer eine höchst lebendige Stadt.

Basel teilt das Schicksal vieler zentraler Städte, die Landflucht hat sich in eine Stadtflucht gewandelt. In Basel war und ist sie besonders leicht realisierbar, da meist kein Verzicht auf das grossstädtische Kultur-, Bildungs- und Dienstleistungsangebot droht. Der Arbeitsplatz kann beibehalten werden, der Verdienst bleibt gleich, doch die Steuerlast ist in den umliegenden – auch den kantonszugehörigen – Gemeinden geringer. Das einfachste Mittel wäre also, die Steuern in Basel-Stadt zu senken, doch davor schrecken die Politiker angesichts der leeren Staatskassen zurück. Die Steuern sollen aber auch nicht erhöht werden, also werden sukzessive neue oder höhere Gebühren eingeführt. Eine andere Möglichkeit wäre, eine Wiedervereinigung mit dem Kanton Basel-Landschaft anzustreben. Dieser Vorschlag wurde auch im Zusammenhang mit der Werkstadt Basel wiederholt gemacht, doch auch damit mag sich niemand befassen. Verdrängt wird, dass die Abhängigkeiten beidseitig sind, und so behelfen sich die beiden Halbkantone unter dem Etikett «Partnerschaft» mit einer Vielzahl bilateraler Vereinbarungen und Abkommen. Ob und wie nachhaltig diese patchworkartige Politik sein kann, wird sich weisen. Die Absage an eine Wiedervereinigung im Jahre 1969 hat Basels Stolz gebrochen, die Stadt tritt oft nur noch als Bittstellerin auf und lässt dann vergessen, dass sie noch immer eine sehr reiche Stadt ist.

Das Wort dem Volk

Die regierungsrätliche Initiative verfolgt wegen der seit Jahren prekären Staatsfinanzen primär rein wirtschaftliche Ziele. Die Sparmassnahmen vermochten wohl das Ausgabenwachstum zu bremsen, nicht aber die Abwanderung und somit die Verringerung der Steuereinnahmen zu verhindern. Und da die Regierung nicht wusste, wie sie den Turnaround schaffen sollte, baute sie auf die Bevölkerung. Sie sollte die Ideen zu Mitteln und Massnahmen liefern, dank denen gute Steuerzahler nach Basel geholt respektive hier gehalten werden könnten.

«Sie haben das Wort!» Mit dieser Ankündigung wurde die Bevölkerung aufgerufen, sich für die Aufwertung von Basel, Riehen und Bettingen als Wohnorte zu engagieren. Sie wurde am 17. November 1997 also zu einer Auftaktveranstaltung ins Kongresszentrum der Messe Basel geladen. Zwischen 400 und 500 Personen kamen, und sie hörten von Politikern und Experten viel von «Innovation», «Prozess», «Lebensqualität», «Heimatbindung», «multikultureller Urbanität», «politischem Dialog», «Heterogenisierung», «Nachhaltigkeit», «Kreativität», «Phantasie», «Motivation», «Problemlösung», «Win-Win-Situation», «Konsensfindung» usw. Die Begeisterung hielt sich in Grenzen, nebst einigen zustimmenden waren meist kritische Voten zu hören. Das Malaise-Gefühl schien ein kollektives zu sein, basierte allerdings auf persönlichen Befindlichkeiten.

Die Zielsetzung

«Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat sich verpflichtet, die Projekte, die aus dem Prozess der Werkstadt Basel resultieren, anhand folgender Ziele zu beurteilen:

1. Langfristige Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen.
2. Steigerung der Lebens- und Wohnqualität im Kanton Basel-Stadt.
3. Stärkung der Bedeutung der Stadt Basel als attraktives und lebendiges kulturelles und wirtschaftliches Zentrum der Region und als zweitgrösste Stadt der Schweiz.
4. Annähern der Bevölkerungsstruktur Basels, was Alter und Einkommen betrifft, so dass sie sich dem gesamtschweizerischen Durchschnitt angleicht.
5. Integration von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern in Basel.

Auftakt zur
«Werkstadt Basel»
in den Räumen
der Messe Basel.



6. Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Basel und seinen umliegenden Gemeinden, inner- und ausserhalb der Kantons- und Landesgrenzen.»

Die Werkstatt Basel begann mit Innovationswerkstätten in den einzelnen Quartieren und in den beiden Landgemeinden. An den insgesamt 38 Veranstaltungen nahmen rund 900 Personen teil. Erst wurde kritisiert, dann phantasiert, und schliesslich wurden innovative Ideen, Utopien und Visionen zum Wohle möglichst aller entwickelt. Insgesamt wurden 338 Projektideen aufgelistet, die meisten zu verkehrstechnischen und sozialen Themen. Der nächste Schritt war deren Auswertung und die Aushandlung mit Vertretern der Verwaltung und Interessengruppen an Konsens-Konferenzen.

Ein paar Beispiele der primär quartierbezogenen Themen, über die konferiert wurde, sind: «Orte der Begegnung» (Bachletten-Quartier), «Nutzung und Erhaltung des hochwertigen Wohnraums» (Bruderholz), «Flanieren, Einkaufen und Wohnen» (Grossbasler Innenstadt). In Kleinhüningen wünscht man eine «Riviera an der Wiese», im Unteren Kleinbasel «Einwohnernahe Verwaltung – verwaltungsnahe Einwohner».

Gut Ding muss nicht immer Weile haben. Anfang Mai 1998 kündigte der Lenkungsausschuss der Werkstatt Basel an, dass kleinere Projektideen, die direkt umsetzbar sind, rasch verwirklicht werden sollen. Im Juni bereits wurde die Erfüllung einiger Wünsche in Aussicht gestellt: Die Andlauerstrasse wird eine Wohnstrasse. Ab September 1998 wird mit dem Einsammeln des Haushalt-Abfalls nicht mehr wie bisher um 6.15 Uhr, sondern erst um 7.15 Uhr begonnen. Dank dieser Massnahme werden «über 90 Prozent der Bevölkerung erst ab 8 Uhr gestört». Übergeordnetes Ziel dabei ist, «den Kanton Basel-Stadt durch Verbesserung der Lebensqualität als attraktiven Wohnort für den Mittelstand zu erhalten». Keine der Massnahmen, weder die bessere Pflege des Fussballfeldes auf dem Jakobsberg noch die stärkere Förderung und Unterstützung «integrativer Anlässe», noch Quartier-Stammtische, an denen Vertreter und Vertre-

terinnen der Regierung teilnehmen, sind spektakulär. Viele der Postulate sind auch nicht neu; sie sind nur im Rahmen der Werkstatt wieder aufgenommen worden und finden endlich Gehör. Das lässt hoffen, dass sie vielleicht in nicht allzu ferner Zukunft als einzelne Puzzleteile zu einem Ganzen zusammengesetzt werden. Dass die Themen, die an den gesamtstädtischen Konsens-Konferenzen diskutiert werden, dieselben wie auf Quartiersebene sind, erstaunt daher nicht: Wohnen, Steuern, Ausländer-Integration, Jugend-Treffpunkte, Spielplätze, Öffentlicher Verkehr, Sauberkeit, Bildung.

Basel schrumpft

Just in die Phase der Konsens-Konferenzen platzte die Meldung des Bundesamtes für Statistik: Basel ist nicht mehr die zweit-, sondern nur noch die drittgrösste Stadt der Schweiz; Genf hat ihr den Rang abgelassen. Laut Angaben des Statistischen Amtes des Kantons zählt die Stadt Basel Ende Juni 1998 noch 170 916 Einwohner und Einwohnerinnen, der Kanton 192 846. Das sind 1173 respektive 1280 weniger als Ende 1997. Vor vier Jahren, im Juni 1994, betrug die Kantons-Bevölkerung knapp über 200 000 Personen. Ein Teil der unter Punkt 3 festgehaltenen Zielsetzungen ist also hinfällig. Doch warum ziehen die Leute aus Basel aus? Sie sagen es zwar, doch wollte es bisher offenbar niemand hören: hohe Steuern, schlechte Schulbedingungen, steigende Kriminalität, mangelnder Wohnraum, miese Luft, zunehmender Lärm und Verkehr. Anzunehmen ist, dass noch mehr der Stadt den Rücken kehren würden – wenn sie nur wohlhabend genug wären. Die Regierung will nun doch wirklich wissen, wer aus welchen Gründen fortgezogen ist. Ergänzend zum Werkstatt-Unternehmen soll eine Umfrage die Antworten liefern, aus denen politische Schlussfolgerungen gezogen werden können.

Was die hier lebenden und Steuern zahlenden Menschen gut und schön und bereichernd an und in dieser Stadt finden, dies herauszufinden und entsprechende Projekte zur «Stärkung der Stärken» zu entwickeln ist im Rahmen der Werkstatt Basel der Universität übertragen worden. Arbeitgeber-

verbände und Gewerkschaften haben die Ausarbeitung von Empfehlungen zum Thema «Wirtschaft und Lebensqualität» zugeordnet bekommen.

Erste Resultate und Vorschläge

Ende November 1998 wurden erste Resultate der Konsenskonferenzen vorgestellt. Im Unteren Kleinbasel zum Beispiel soll ein Quartiersekretariat die Verbindung zwischen der lokalen Bevölkerung und der Verwaltung sicherstellen. Im Gundeldinger-Quartier hat sich der Fokus auf die Güterstrasse gerichtet: sie soll als Boulevard gestaltet werden. Auf dem Bruderholz werden die Einrichtung einer Wohnberatung und -börse sowie die Zusatznutzung von Einfamilienhäusern durch Um- oder Anbauten vorgeschlagen. In Riehen möchten die Konferenzteilnehmer das Dorfzentrum fussgängerfreundlicher gestalten, den Gemeindeparkplatz für Märkte und andere Veranstaltungen nutzen. Obwohl es bereits eine Vielzahl manchmal fast schon prohibitiver Bauvorschriften gibt, soll für Leute mit Bauvorhaben oder Verkaufsabsichten eine Koordinations- oder Beratungsstelle geschaffen werden, die «Anreize zu bewusstem, in die Umgebung passendem Bauen» bietet. Bei einer «Einigung» sind Steuerermässigungen für die Hausbesitzer respektive die Bauherrschaft vorgesehen. Eine der Konferenzen war dem «Parkieren» gewidmet. Die bestehenden Parkmöglichkeiten sollen optimal genutzt werden, indem zum Beispiel private, geschäftlich genutzte Parkplätze in die öffentliche Nutzung integriert werden. Parallel dazu sollen die Fussgängerzonen erweitert werden, ebenso soll der öffentliche Verkehr ausgebaut werden.

Die Vorschläge werden erst nach Vorliegen aller Konsens-Resultate ausgewertet. Eine der Konferenzen immerhin wird den Rahmen der lokalen Nabelschau sprengen; sie greift das Thema der Wiedervereinigung beider Basel als geopolitische Vision auf: in einem Kanton Nordwestschweiz. Regierung und Parlament werden entscheiden, was das aus der Werkstadt resultierende «Aktionsprogramm Stadtentwicklung» beinhalten wird. Sie haben sich dabei an den vorgegebenen Zielen zu orientieren.